

SPD lehnt die Rastanlage ab

Oberhaid - Die Planung der Autobahndirektion Nordbayern zum Bau einer Tank- und Rastanlage an der A 70 bei Staffelbach waren das bestimmende Thema beim jüngsten Politischen Frühschoppen des SPD-Ortsvereins Oberhaid. Gemeinderat Claus Reinhardt begründete die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion zum Vorhaben. „Wir haben von Beginn an unsere Bedenken vorgetragen und meinen, dass alle Informationen zur abschließenden Beurteilung vorliegen. Daher haben wir auch in der Gemeinderatssitzung am 15. Mai beantragt, einen Grundsatzbeschluss zur Ablehnung des Vorhabens aus gemeindlicher Sucht zu fassen.“

Geradezu beschämend sei es, so Reinhard weiter, wie die Planer bei einer Informationsveranstaltung den betroffenen Bürgern deutlich gemacht hätten, dass eine „echte“ Beteiligung - mit der Möglichkeit zur Ablehnung - im Rahmen des Planungsprozesses nicht vorgesehen ist. Deshalb müsse sich die Gemeinde schützend vor die Bürger stellen. Weiterhin wolle man auch alle Initiativen aus der Bürgerschaft unterstützen.

Die Autobahndirektion beabsichtigt, etwa 850 Meter westlich des Oberhaider Ortsteils Staffelbach eine rund fünf Hektar große Tank- und Rastanlage zu bauen. Hierüber wurde der Gemeinderat Anfang März erstmals unterrichtet. Als Reaktion wurde ein Kriterienkatalog mit Vorgaben und Fragen erstellt, der zwar beantwortet, aber im Rathaus „unter Verschluss“ liegt und den Fraktionen nicht zur Verfügung stünde. Zusätzlich wurden im Rahmen eines Ortstermins die Standortbedingungen erörtert.

Ablehnung eindeutig

Die SPD-Gemeinderatsfraktion habe sich bereits zu diesem Zeitpunkt gegen das Vorhaben ausgesprochen. Auch die Information und Diskussion mit den betroffenen Bürgern erbrachte ein eindeutiges sprich ablehnendes Meinungsbild. Nach Einschätzung der SPD-Gemeinderäte stellt das Vorhaben u.a. einen gravierenden Eingriff in das Landschaftsbild dar, zerstört landwirtschaftliche Produktionsflächen, beeinträchtigt stark genutzte Naherholungsgebiete und lässt eine deutlich erhöhte Immissionsbelastung (Schadstoffe, Lärm und Lichtreflexionen) erwarten.

Vorstandsmitglied Carsten Joneitis ergänzend: „Die negativen Auswirkungen übertreffen etwaige positive Effekte für die Gemeindeentwicklung.“ Dazu kommt, so Gemeinderat Michael Botlik, dass das Verfahren keine echte Alternativplanung beinhalte. Bei der Standortsuche hätten zur Vermeidung eines unnötigen Landschaftsverbrauches auch die Autohöfe entlang der Autobahn, so der bei Knetzgau, berücksichtigt werden müssen.

Reinhardt weiter: „Die Aussagen der Behördenvertreter zum Thema Lärmschutz weisen deutliche Widersprüche auf.“ So wurde gegenüber dem Gemeinderat erklärt, dass eine weitergehende Lärminderung nicht in Frage komme. Nur soweit Erdaushub vor Ort vorhanden und es auf Grund einer Immissionsprognose erforderlich sei, sollen Aufschüttungen gegenüber der Bebauung erfolgen.

Ausfahrten ebenfalls schützen

In der Bürgerversammlung wurde dagegen eine großzügige, komplette Abschirmung durch Lärmschutzwälle angekündigt. Dabei sollten nach Auffassung der SPD grundsätzlich neben der Anlage selbst und den Zufahrten insbesondere auch die Autobahnaus- und -einfahrten in die Lärminderungsplanung integriert werden. Gemeinderat Uwe Wagner ergänzte hierzu, dass dies nach den Angaben der Autobahndirektion zur derzeitigen Verkehrsbelastung nicht zu erwarten sei.